

Vortrag am 26.11.2010 auf dem Fachtag Familienzentren / Mehrgenerationenhäuser in der EKHN in Frankfurt, einer Veranstaltung des Zentrums Bildung der EKHN:

Familienzentren / Mehrgenerationenhäuser. Eine theologische Perspektive

von Reiner Anselm

Das Thema und die Aufgabe, die mir gestellt sind, lautet, aus theologischer Perspektive zur Frage der Familienzentren und der Mehrgenerationenhäuser Stellung zu nehmen. Ich komme dieser Aufgabe gerne nach und möchte das tun, indem ich das Themenfeld unter zwei verschiedenen Perspektiven in den Blick nehme, einmal aus der Perspektive der Betroffenen, also der Familien bzw. der Menschen, die in Familien leben, sodann aus der Perspektive der Kirche, genauer der Kirchengemeinden: Welche Bedeutung, welches Profil, welche Chancen und Risiken verbinden sich dem Konzept der Familienzentren- bzw. Mehrgenerationenhäuser? Diese Fragen möchte ich im Blick auf den erstgenannten Themenkomplex zunächst unter einem theologisch-ethischen Blickwinkel erörtern, während ich den zweiten Themenbereich primär aus einer ekklesiologischen, also einer kirchentheoretischen Perspektive in den Blick nehmen möchte.

1. Die Herausforderungen an Familie heute und das Konzept der Familienzentren

„Die reale familiäre und gesellschaftliche Entwicklung wie ihre soziologische Beschreibung und Interpretation haben einen anderen Verlauf genommen, als in der optimistischen Nachkriegsdekade vermutet“, diagnostiziert Siegfried Keil, ein Nestor der evangelischen Familienforschung 1983. Individualisierung und Pluralisierung haben an kaum einem anderen Bereich der Gesellschaft so deutlich Spuren hinterlassen wie im Bereich der Familien. Dementsprechend fehlt es auch

nicht an Stimmen, die vom Untergang der Familie und der Auflösung in letztlich die Gesellschaft bedrohende, atomistische Strukturen warnen. Während dabei in der älteren Literatur vor allem der Gedanke im Vordergrund stand, dass mit dem Niedergang der Familie unweigerlich auch die Gesellschaft als Ganze dem Verfall preisgegeben werde, dominiert die öffentliche Diskussion in den letzten Jahren ein anderes Thema, nämlich der demographische Wandel, der mit der Auflösung von Familie korreliert zu sein scheint: Dort wo es keine traditionellen, stabilen Familienverhältnisse mehr gibt, werden – so die Hypothese – keine Kinder geboren.

Dabei – in diesem Kreis bedeutet das fast Eulen nach Athen zu tragen – liegen die Verhältnisse keineswegs so einfach, wie es mitunter suggeriert werden soll. Denn die zu Recht wahrgenommenen Veränderungen zeigen nicht einfach eine „Schrumpfung“ der Familie an. Vielmehr ist parallel zu den Tendenzen einer „Schrumpfung“ der Familie auch die gegenläufige Tendenz zu beobachten: Gerade in stark modernisierten Gesellschaften erfährt die Familie zugleich eine Vielzahl von Erweiterungsformen, sozialer, zeitlicher und inhaltlicher Art. Es ist nun interessant und markiert zugleich ein wesentliches Problem im Blick auf die theologisch-ethische Auseinandersetzung mit dem Familienthema, dass die Vielgestaltigkeit der Familienformen mittlerweile zwar regelmäßig konstatiert, aber bislang kaum in entsprechende Modelle oder Leitbilder integriert worden ist – und das gilt letztlich m. E. auch für das Rahmenkonzept zu den Familienzentren bzw. den Mehrgenerationenhäusern der EKHN (Ev. Kirche in Hessen und Nassau): Es ist nach wie vor das historisch verhältnismäßig junge Ideal der bürgerlichen Familie, verstanden als Kernfamilie, in der Eltern und noch nicht selbstständige Kinder zusammenleben, dominant. Gleiches gilt für die Persistenz der traditionellen Vorstellung von der Familie als eigener Organismus. Damit hatte man ja lange begründet, warum der Staat nicht in den Innenbereich einer Familie eingreifen kann und gleichzeitig den Mann als *pater familias* in der Rolle des Statthalters der Interessen von Staat und Kirche gesehen. Diese Vorstellung fügt sich nahtlos in das Verständnis der Ehe ein, bei der – durchaus in Aufnahme der biblischen Metaphorik aus Mt 19,5f. – ebenfalls die Partnerschaft von Mann und Frau dyadisch als

ein Organismus gedeutet werden konnte, wobei die problematischen Konsequenzen dieses Bildes – gerade im Blick auf die Rolle der Frauen – kaum reflektiert werden.

Der Konstanz der Leitvorstellungen entspricht es, dass auch in der jüngeren und jüngsten Vergangenheit die überwiegende Mehrzahl theologischer Ethiken die Familie von der Ehe her entwirft. Von Wolfgang Trillhaas Feststellung der „aus der Ehe heraus erwachsende[n] und um die Ehe der Eltern herum gruppierte[n] Familie“ bis zu Ulrich Körtner's Konzept der „Zuordnung von Ehe und Familie“ spannt sich hier ein großer Bogen. Selbst wo, wie bei Karl Barth, der Begriff der Familie aufgrund einer möglichen ordnungstheologischen Missdeutung „mit Bewußtsein mit Schweigen übergangen“ wird, erfolgt doch die Thematisierung der Familie von der Ehe her – unbeschadet dessen, dass Barth die Ehe selbst in einer sehr originellen, in ihrer produktiven Anschlussfähigkeit für die Interpretation und Bewertung der gegenwärtigen Erscheinungsformen von Ehe kaum adäquat gewürdigten Weise interpretiert.

Es ist offenkundig, dass von diesem Leitbild her die komplexeren sozialen Erscheinungsformen von Familie nicht recht in den Blick genommen werden können. Die fast synonyme Verwendung des Begriffspaares Ehe und Familie, die sich nicht nur im deutschen Grundgesetz, sondern auch in zahlreichen theologischen und kirchlichen Dokumenten findet, verstellt den Blick für die Tatsache, dass es sich bei der Familie um ein äußerst wandelbares, vielgestaltiges Phänomen handelt. Das gilt dabei nicht nur für die in den letzten Jahren neu hinzugekommenen Gestaltungen von Familie; auch das Zusammenleben von Großeltern, Eltern und Kindern bzw. Enkelkindern lässt sich in dieses Modell nicht adäquat integrieren, insofern das ineinander von mehr als zwei Generationen sich mit dem Modell des familialen Organismus nicht ohne Weiteres verbinden lässt: Gerade die Außenvertretung des überkommenen Familienverständnisses durch den *pater familias* setzt darauf, dass es nur eine nicht betreuungsbedürftige Generation in der Familie gibt. Dies ist aber durch die verlängerten Generationenzyklen und die gestiegene Lebenserwartung mittlerweile längst nicht mehr selbstverständlich. Dass Familien drei oder sogar vier Generationen umfassen, gehört mit zu den Erweiterungen von

Familie, die in der Krisenrhetorik häufig übersehen werden – einschließlich der in diesem Zusammenhang erbrachten innerfamiliären Dienstleistungen. In besonderer Weise zeigen sich allerdings die Defizite des zu Grunde gelegten Analyserasters bei der Wahrnehmung der neu entstandenen Formen des familialen Lebens, etwa für Familien mit gleichgeschlechtlichen Eltern, für Familienverbände auf der Basis nicht-ehelicher Lebensgemeinschaften oder auch die durch Scheidung entstehenden Patchwork-Familien bzw. komplexen Beziehungsnetze. Hier liegt ohne Zweifel ein erheblicher Nachholbedarf der ethischen Theoriebildung, und zwar sowohl im Blick auf die Beschreibung herrschender Familienverhältnisse, als auch im Blick auf deren Bewertung. Denn allzu häufig begegnen immer noch Einschätzungen, die im Sinne der eingangs geschilderten Krisendiagnostik unkritisch das Ideal der Familie mit der bürgerlichen Kleinfamilie identifizieren. Dass für diese Beurteilung allerdings christentumsgeschichtlich – sowohl im Blick auf das biblische Zeugnis als auch hinsichtlich der Vielgestaltigkeit der Familienstrukturen und der entsprechenden, kommunitären Substitute – auf einem sehr schmalen Fundament ruht, wird dabei häufig übersehen oder aber in seinen Konsequenzen für die normative Beurteilung nicht hinreichend bedacht. Es ist unbestritten, dass menschliches Leben immer auf die Unterstützung gemeinschaftlicher Lebensformen angewiesen ist; dabei scheint aber die Funktion dieser Unterstützung in sehr unterschiedlichen Ausprägungen realisiert werden zu können. Die Kleinfamilie ist eine, für die Gegenwart stark prägende Gestalt; sie ist aber keineswegs die einzig mögliche.

In der Ermöglichung unterschiedlicher, auch sehr individueller Formen des Zusammenlebens liegt der Schlüssel für eine effektive Unterstützung von Familien, insbesondere auch im Blick auf die Gründung von Familien. Denn die Hemmnisse für die Familiengründung lassen sich unschwer über das Individualisierungsparadigma deuten. Auch hier aber gibt es, wie Corinna Onnen-Isemann herausgearbeitet hat, keinen einfachen Zusammenhang, demzufolge eine stärkere Individualisierung und damit die Orientierung an eigenen Interessen mit dem Wunsch nach Kindern unvereinbar ist: Vielmehr ist es gerade das Festhalten an einer traditio-

nellen Familienauffassung, das zunächst zu einem Aufschieben, dann häufig aber auch zu einer Aufgabe des eigenen Kinderwunsches führt: Weil Männer und Frauen der Meinung sind, dass Kinder, gerade kleine Kinder, am Besten innerhalb einer traditionellen Familie aufwachsen, weil aber gleichzeitig die veränderten Rahmenbedingungen bei Selbstverständnis, Bildung und Berufsorientierung gerade Frauen das Festhalten an traditionellen Familienformen als nicht mehr adäquat erscheinen lassen, kommt es zu einer antagonistischen Wertorientierung, die entweder einen Verzicht auf den Kinderwunsch oder aber einen Ausstieg aus der Berufsbiographie und eine erneute Orientierung am traditionellen Familienbild zur Folge hat.

Es liegt auf der Hand, dass die Folgen dieses Antagonismus entsprechend der gerade bei den Frauen eingetretenen Veränderungsprozesse auch im Wesentlichen von diesen getragen und aufgefangen werden müssen, so dass in beiden Fällen – im Falle der Kinderlosen wie im Falle der Rückkehrerin in die traditionelle Hausfrauenrolle – ein moralischer Stress des Nicht-Genügens an einer Norm entsteht. Dem entspricht es, dass etwa im Hinblick auf die staatliche Unterstützung der Kinderbetreuung von jungen Müttern keine flächendeckende Versorgung mit Ganztages-Kinderbetreuungsplätzen gewünscht wird, sondern flexible Strukturen erwartet werden, die es in individuellen Konstruktionen ermöglichen, Auswege aus der geschilderten und als unbefriedigend empfundenen Situation zu finden. Das oben bereits angetönte Stichwort vom Betreuungsmix, der staatliche Einrichtungen ebenso wie familiäre und soziale Netzwerke umfasst, bei dem aber durch flexible Arbeitszeiten auch eine Betreuung durch die Eltern erfolgen kann, ist hier erneut, in Erinnerung zu rufen. Die individuelle – und die gesellschaftliche – Herausforderung mit Blick auf die Gründung und Gestaltung von Familien besteht nämlich offenbar darin, den Antagonismus der geschilderten konkurrierenden Wertemuster zu vermeiden.

Diese Anerkennung und Unterstützung des Individuellen läuft in meinen Augen – im Gegensatz zur Auffassung vieler kritischer Stimmen – keineswegs Gefahr, die Konnexion der Gesellschaft zu unterlaufen. Vielmehr zeigen Analysen ja, dass

nach wie vor das Zusammenleben mit anderem Leitbild für den übergroßen Teil der Gesellschaft bleibt – allerdings nicht nach einem festgeprägten, sondern nach einem selbstgewählten Muster, weil auch die Situationen, in denen sich Menschen in komplexen Gesellschaften westlichen Typs vorfinden, von einer großen Vieltgestaltigkeit gekennzeichnet sind. Es kommt also nicht zum Schwund, wohl aber zu einer nachhaltigen Individualisierung von Familienformen, und genau in dieser Individualisierung liegen die Herausforderungen – sowohl für die Betroffenen als auch für die Anbieter von Unterstützungsstrukturen. Gefragt nämlich ist – darauf haben Familienforscher immer wieder hingewiesen – keineswegs eine einheitliche, standardisierte Betreuungsform, sondern hoch individualisierte Muster, die insbesondere auch die Mehrgenerationenfamilien, die die erhöhte Mobilität, aber auch die unterschiedlichen Phasen der Berufstätigkeit mit in ihr Unterstützungskonzept einbeziehen.

Damit ist in groben Strichen umrissen, welche Zielsetzung sich im Blick auf eine Unterstützung von Familien auch mit dem Konzept der Familien- bzw. Mehrgenerationenhäuser verbinden müsste. Dabei ist zunächst lobenswert hervorzuheben, dass das Konzept der Familien- bzw. Mehrgenerationenhäuser die faktische Situation der Familien in einer von hoher Mobilität gekennzeichneten Gesellschaft wahrnimmt und durch die Bündelung von Service- und Unterstützungsleistungen unterstützend eingreift, wo gewachsene Unterstützungsstrukturen nicht (mehr) greifen. Allerdings ist kritisch zu fragen, ob nicht zumindest das Rahmenkonzept verdeckt mit einem normativen Bild von Familie arbeitet, das sich zumindest dysfunktional angesichts der zuvor geschilderten Transformationsprozesse erweisen könnte. So scheint mit die Zielrichtung doch sehr auf Familien mit kleinen Kindern ausgerichtet, verbunden mit der Ausrichtung auf zumindest partiell tagsüber verfügbare, d. h. auch auf Beratungs- und Betreuungsangebote ausgerichtete Elternschaft. Bei der Etablierung von Familienzentren sollte darum darauf geachtet werden, dass Familie gerade unter Gegenwartsbedingungen auch aus dem Zusammenleben von mehr als zwei Generationen bestehen kann, so dass neben die Möglichkeiten zur Betreuung von Kindern – und zwar Kindern jeden Alters! – auch die Möglichkeiten zur Betreuung von älteren, z. T. pflegebedürftigen älteren

Menschen gehören sollte. Darüber hinaus stellt sich die Frage, inwieweit die unterstützenden Angebote gendersensitiv gestaltet sind, so dass schlussendlich nicht doch nur die klassische Rollenverteilung in der Familie gefördert wird.

Ohne Anspruch auf Vollständigkeit seien dabei noch weitere in meinen Augen durchaus problematische Punkte aus dem Rahmenkonzept genannt: Ist es wirklich sachgerecht, wenn in dem Konzept „bevorzugte Form“ für Angebote gehalten werden (S. 18). Zweifelsohne ist es richtig, dass das Ideal einer über die Familienzentren abgebildeten neuen Form von familienäquivalenter Zusammenarbeit am Ort auf eine Zusammenarbeit ausgerichtet sein muss, die „kontinuierliches und vertrauensvolles Arbeiten“ ermöglicht. Aber die Frage bleibt doch, ob gerade berufstätige Mütter in der Lage sind, sich für einen mehrwöchigen Kurs an einem Ort anzumelden? Wird hier nicht unter der Hand eine starke Einschränkung der möglichen Zielgruppen vorgenommen? Hier wäre doch zu überlegen, ob nicht flexiblere Formen notwendig sind, die auch das Bedürfnis nach kurzfristigeren Bindungen aufnehmen. Schließlich: Besteht die kritische Phase für Familien nicht zunehmend dort, wo der berufliche Wiedereinstieg zusammenfällt mit der Phase der Schule, in der, im Grundschulbereich, nur noch sehr eingeschränkte Betreuung zur Verfügung steht, gleichzeitig aber der Leistungsdruck auf die Grundschulkinder angesichts der immer höheren Bedeutung einer gymnasialen Schulbildung für einen weiteren, erfolgreichen Lebensweg zunimmt? Das Konzept konzentriert sich hier sehr einseitig auf die Kindertagesstätten, ohne die Schulen adäquat in den Blick zu nehmen: Sie sind nur *mögliche* Kooperationspartner, dann aber auch vorrangig im Blick auf Hausaufgabenbetreuung, ein Aspekt, der sicherlich auch wichtig ist, aber keineswegs zureicht. Darüber hinaus gilt, dass horizontale Kontakte für Eltern, d. h. Kontakte zu anderen Eltern am Ort immer schwieriger werden, je älter die Kinder sind – auch von hier aus erscheint es fragwürdig, ob die Schwerpunktsetzung der Familienzentren korrekt ist.

2. Familienzentren und Mehrgenerationenhäuser als Herausforderung für die Kirchengemeinden.

Doch ehe man sich zu sehr fokussiert auf die konkrete Ausgestaltung des Konzepts stellt sich ja noch eine zweite, möglicherweise weiter reichende Frage: Gehören Familienhäuser überhaupt zu den Dingen, die eine Kirchengemeinde bzw. die ein Kirchenkreis anbieten und als ihre Aufgabe verstehen sollte?

Zwei Dinge dürften in diesem Bereich unstrittig sein: Zum einen ist die Diakonie, die Zuwendung zu denen, die ohne diese Zuwendung nicht oder nur mit großen Mühen leben können, ein unverzichtbarer Bestandteil des christlichen Glaubens. Zum anderen haben die geschilderten Veränderungsprozesse im Bereich der Familien auch ihren Niederschlag gefunden in einer Veränderung der Struktur der Kirchengemeinden. Baute sich die Kirchengemeinde – zumindest dem Idealbild nach – auf aus den einzelnen Hausgemeinden, so ist die Familie aufgrund vieler Faktoren kaum mehr der Ort religiöser Sozialisation bzw. der primäre Bezugspunkt gemeindlichen Handelns. Schon Mitte der 1950er-Jahre hat Heinz-Dietrich Wendland darauf hingewiesen, dass sich die Kirche in ihrer sozialen Gestalt einem tiefgreifenden Strukturwandel unterziehen muss, die den Gedanken der Ortskirchengemeinde mit ihren am „Haus“ ansprechbaren Mitgliedern zugunsten neuer Gemeindestrukturen, die anhand der Funktionsbereiche der modernen Gesellschaft ausgerichtet sind, aufgibt. Die Familienzentren sind in der Folge dieses Programms zu sehen, als der Versuch, hier neue gemeindliche Strukturen zu etablieren.

Im Blick auf beide Bereiche stellen sich jedoch auch weiter reichende Fragen, die bei der Etablierung der Familienzentren im Blick behalten werden sollten, ja die zugleich theologisch begründete Kriterien darlegen für die Legitimität der Einrichtung und der weiteren Ausgestaltung solcher Familienzentren. Auch diese Fragen sind nicht neu, sie stellen sich aber in der Gegenwart mit größerer Schärfe. Der allgemeine Grund dafür liegt in der Tatsache begründet, dass in einer modernen Gesellschaft wie der bundesrepublikanischen nicht mehr von der Koinzidenz zwischen der christlichen und der bürgerschaftlichen Gemeinde ausgegangen werden kann und ausgegangen werden sollte. Diakonisches Engagement einer Kirchengemeinde – in allen ihren Formen – geht von der Erfahrung des Evangeliums aus und ist Bestandteil nicht nur des christlichen Lebens, sondern auch der

Verkündigung. Nur aus dieser Überlegung heraus ergeben sich ja die weitreichenden Sondervorschriften für das Dienstrecht, nur aus dieser Perspektive ist aber auch aus theologischer Sicht eine bestimmte institutionelle Form der Kirche theologisch legitim. Denn, wie es exemplarisch im 5. Artikel des Augsburger Bekenntnisses und auch in der 6. These der Barmer Theologischen Erklärung festgehalten ist, besteht die Aufgabe der Kirche allein darin, das zum Glauben führende Evangelium in Wort und Werk zu verkündigen.

Dies wäre nun für sich genommen keineswegs problematisch – wie auch? –, wenn nicht die christliche Liebestätigkeit längst ihrer Verwurzelung in der Gemeinde entwachsen wäre und im Wesentlichen eine Unterform des Sozialstaats darstellen würde. Verbands- und gemeindliche Diakonie bilden faktisch eine aus Steuermitteln (und damit über Zwangsabgaben!) finanzierte Wohltätigkeit zugunsten derer, die durch die Entwicklungsdynamik einer modernen Gesellschaft an den Rand gedrängt werden. Da diese Wohltätigkeit aber eine stellvertretend für den Staat wahrgenommene Aufgabe darstellt, kann sie nicht – und darf sie auch nicht – mehr als Aufgabe innerhalb der Kirche oder als eine Aufgabe, die auf die Verkündigung des Evangeliums hinzielt, wahrgenommen werden. Die hier im Hintergrund stehenden Probleme bilden sich nicht nur in den Debatten um das Tarifrecht, um Streikrechte, Mitbestimmung und Konfessionsklauseln ab. Sie führen, mehr noch, in eine Unsicherheit über die eigenen Ziele, die auch in dem Rahmenkonzept deutlich sichtbar ist. So ist dort sowohl die Rede davon, dass die Familienzentren „christlich verankert“ sein sollen (S. 5), dass ihr Ziel darin besteht, Familien zu stärken, „ihr Leben im Vertrauen auf Gott gelingend zu gestalten“ (S. 11), zugleich aber möchte und muss man den Anspruch haben, „interkulturell und interreligiös“ ausgerichtet zu sein (S. 10), religiöse und kulturelle Integration (und man muss doch ergänzen) nicht-christlicher und nicht einheimischer Familien zu fördern. Wie aber kann ein evangelisch profiliertes Gemeindezentrum zusammen mit MuslimInnen über ihre „Alltagsfragen und Fragen von Werten und Sinn“ (S.10) sprechen, so dass darüber „tragfähige Lebenskonzepte“ entstehen? Und wieso sollte das gerade ein Zentrum in evangelischer Trägerschaft tun und wieso sollte es diese Aufgabe besonders gut bzw. besser tun als andere Träger?

Die Dilemmata sind offensichtlich – auch wenn es sich um Probleme handelt, die keineswegs spezifisch sind für die Familienzentren, sondern sich in vielen Formen diakonischen Handelns stellen. Zu Recht hat Wolfgang Huber bereits 1998 festgehalten: „Ursprünglich aus der Liebestätigkeit christlicher Gemeinden herausgewachsen, hat sich die Diakonie zu einer großen, verselbständigen Institution entwickelt. Die innere Verbindung von Kirche und Diakonie hat darunter gelitten; sie muss neu geknüpft werden. Denn nur dann verfügt die Diakonie über eine Legitimation, die sich nicht nur aus dem sozialstaatlichen Subsidiaritätsprinzip, sondern aus dem eigenständigen Auftrag der Kirche ergibt. Nur wenn die innere Verbindung von Kirche und Diakonie eindeutig erkennbar ist, kann die Diakonie ihren Beitrag zum Zeugnis der Kirche in der Gegenwartsgesellschaft leisten.“ (Kirche in der Zeitenwende, 321) Die hier geschilderte Problematik lässt sich leicht auch für das Problem der Familienzentren deutlich machen. Nochmal in den Worten von Wolfgang Huber: „Daß evangelische Kindergärten in das allgemeine Versorgungsangebot an Kindergartenplätzen eingegliedert werden, reicht nicht zu“ (295). Dementsprechend müssen auch in meinen Augen die Angebote der Familienzentren konsequent darauf ausgerichtet werden, dass sie Gemeindebildung vorantreiben, dass sie zu Orten der Verkündigung werden. Das bedeutet keineswegs ein Plädoyer für plumpe Mission, wohl aber für eine klare Zielbestimmung kirchlichen Handelns in diesem Bereich. Wenn es nur darum geht, für Familien im sozialen Raum Orte bereit zu stellen, dann können das auch andere Anbieter machen. Zudem erscheint mir diese Form von Familienunterstützung kein Akt der Wohltätigkeit, sondern der Gerechtigkeit, keine freiwillige, diakonische Tätigkeit, sondern eine staatliche Pflicht – und damit auch eine von ihm wahrzunehmende Aufgabe darzustellen.

Diese kritischen Anfragen nun dürfen aber auch nicht dazu führen, einfach das Modell der Ortsgemeinde traditioneller Provenienz fortzuschreiben – denn deren Angebote sind eben auch hochgradig selektiv und vor allem keineswegs familienkompatibel. Wer einmal die Alternative zwischen Sonntagsgottesdienst oder Sendung mit der Maus zu entscheiden hatte, weiß das genauso wie derjenige, der sich

gerne ehrenamtlich engagieren möchte, aber neben Familie und Beruf keine Termine mehr findet – ganz abgesehen davon, dass die in eine Gemeinde einzubringenden Kompetenzen moderner Väter und Mütter sich keineswegs in der Kuchen-spende erschöpfen, ihre eigene Kompetenz aber selten abgefragt wird. Ortsgemeinden brauchen die Weiterentwicklung. Nochmal mit einem Zitat, diesmal erneut von Heinz-Dietrich Wendland: „Die Kritik (an der gegenwärtigen Gestalt der Ortsgemeinde) wendet sich gegen jene kirchliche Blindheit, die die vorhandene Gemeinde und die gewohnten Methoden nicht kritisch ins Verhältnis zu setzen wagt zu dem missionarischen Auftrage der Kirche einerseits und zu der überwältigenden Tatsache andererseits, daß die überwiegende Mehrheit der Menschen in der heutigen Gesellschaft von dem Dienst der jetzigen Gemeinde, mit ihren heutigen Kräften, gar nicht mehr erreicht werden kann. Die Kirche Christi hat aber niemals nur und ausschließlich in der Gestalt der Ortskirchengemeinde existiert.“ (Kirche in der modernen Gesellschaft, 234f.) Aber: Jede neue Form muss getragen sein von dem Ziel, das Evangelium zu verkünden und mitzubauen an der Kirche Jesu Christi. Kirchliches Engagement, das diese Zielsetzung nicht eindeutig sich zu eigen machen kann, darf oder möchte, sollte so schnell wie möglich beendet werden – auch wenn es gesellschaftlich noch so erwünscht sein könnte. Doch als Christenmensch darf man auch in der Eigenschaft als Bürger gesellschaftliche Verantwortung übernehmen. Man sollte es dann aber nicht als eine kirchliche Aufgabe deklarieren.